

Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Weit über hundert detaillierte Vorschläge und Angebote an die Bonner Regierung wurden gemacht. Das reicht von Vorschlägen über gesamtdeutsche Wahlen und Volksabstimmungen, über Verhinderung der Rüstung, Abschluß eines Nichtangriffspaktes, über gemeinsames Auftreten vor der UNO, gemeinsame Vorbereitung eines Friedensvertrages bis zu unseren Vorschlägen für eine friedliche Koexistenz und Konföderation beider deutschen Staaten. Sozialismus und Kapitalismus können sich nicht versöhnen, das ist unmöglich, aber sie sollen im friedlichen Wettbewerb beweisen, was besser ist, es soll keinen Krieg geben.

Unsere Bemühungen um Verständigung und Entspannung dürfen nicht die bittere Wahrheit vertuschen: Der Bonner Staat tritt uns als Feind gegenüber. — Wir erkennen unsere ganze Verantwortung. Wir treffen Maßnahmen zur Zügelung der Bonner Imperialisten und Militaristen. Wir schlagen die Agenten, organisieren den Schutz unserer Grenzen, verlegen den Aggressoren den Weg. Wir schützen unsere Bevölkerung auf jede erdenkliche Weise vor den Übergriffen der Verderber der Nation.

### **Wer ist der Feind?**

Wer tritt als Feind gegen uns auf? Der Bonner Staat. Wer ist dieser Staat? Es sind nicht die Millionen friedliebender Menschen, sondern die Herren der großen Monopole, die westdeutschen Millionäre, die Globke und die Hitlergenerale, die Blutrichter und alle, die dieses erzkonservative Staatsgebilde schützen. Dazu gesellen sich auch jene rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die sich in ihrem Antikommunismus nicht groß genug tun können.

Und unsere Angehörigen, Freunde und Bekannten, die leider in diesem Staat leben müssen? Fragen wir sie doch, wie sie zu diesem Staat der Kriegsrüstung stehen. Nehmen sie es ernst mit dem Bekenntnis zum Frieden, dann ist es an der Zeit, daß sie in diesem Sinne auftreten. Wir fühlen uns aufs engste mit all jenen verbunden, die sich in West-

deutschland leidenschaftlich gegen die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung auflehnen. Wir unterstützen auch diejenigen, die gegen die Bonner Atomkriegspolitik protestieren, aber noch nicht verstehen, daß die DDR auch ihre Interessen vertritt.

Auch nicht jene vielen westdeutschen Bürger sind mit dem Bonner Staat gleichzusetzen, die von einer raffinierten Propagandamaschine tagaus, tagein belogen und betrogen werden und daher ihre politische Verantwortung noch nicht erkennen können. Auch sie werden eines Tages sehen, wo die Partei des Krieges und wo die des Friedens steht.

### **Der Ausweg: Friedliche Koexistenz**

Mit all diesen Kräften in Westdeutschland wollen wir Bürger der DDR gemeinsam den unerträglichen Zustand, daß sich heute die beiden deutschen Staaten feindlich gegenüberstehen, beenden. Das nationale Dokument zeigt diesen Weg, ja es ist sein Hauptanliegen, jeden friedliebenden deutschen Menschen für diesen Weg zu gewinnen.

Der einzige Weg ist: Verständigung über die nächstliegenden Dinge, um „friedlich miteinander zu leben, miteinander sachlich zu sprechen, gemeinsam interessierende Fragen zu regeln und vielleicht noch etwas mehr an Zusammenarbeit zu entwickeln, als es gemeinhin zwischen Nachbarn geboten ist“. Wir sind der Ansicht, daß dies nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Der erste Schritt dazu sind der Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt.

Solch eine Verständigung führt durch die Konföderation zur Annäherung beider deutscher Staaten und bietet die Möglichkeit, schrittweise nach Überwindung des Imperialismus in Westdeutschland zur Vereinigung zu gelangen. Mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR stärken wir unseren Friedensstaat, geben wir unseren Vorschlägen immer größeres Gewicht. Die Bonner Ultras werden ihre Pläne begraben müssen, und die verständigungsbereiten Kräfte werden auch in Westdeutschland die Oberhand gewinnen.

A. H.